

Gemeinde Schondorf am Ammersee



NIEDERSCHRIFT über die öffentliche

Sitzung des Gemeinderates Schondorf am Ammersee

vom 12. Oktober 2016
im Sitzungssaal des Rathauses Schondorf

Vorsitz:

Erster Bürgermeister Alexander Herrmann

Der Vorsitzende erklärte die Sitzung um 19:30 Uhr für eröffnet. Er stellte fest, dass sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und dass Zeit, Ort und Tagesordnung für die öffentliche Sitzung ortsüblich bekanntgemacht worden ist. Die Mehrheit der Mitglieder ist anwesend und stimmberechtigt. Der Gemeinderat Schondorf ist somit beschlussfähig.

Gremiumsmitglieder:

Bemerkung:

Martin Wagner
Stefan Birkner
Michael Deininger
Helga Gall
Florian Gradl
Wolfram Häberle
Rudi Hoffmann
Luzius Kloker

ab 19.45 Uhr in der Sitzung anwesend ab TOP
2

Marlene Orban
Marius Polter
Wolfgang Schraml
Christian Steer

Entschuldigt sind

Thomas Betz
Rainer Jünger
Stefanie Windhausen-Grellmann

Unentschuldigt sind

Kurt Bergmaier

Öffentliche Sitzung:

1. Anerkennung der Sitzungsniederschrift vom 28.09.2016, öffentlicher Teil
2. 2. Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Schondorf am Ammersee
3. Neuregelung Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand § 2b UStG
4. 12. Änderung des Bebauungsplanes Seestraße-West, beschlussmäßige Behandlung der anlässlich der öffentlichen Auslegung eingegangenen Bedenken und Anregungen mit Satzungsbeschluss
5. 13. Änderung des Bebauungsplanes Seestraße-West, beschlussmäßige Behandlung der anlässlich der öffentlichen Auslegung eingegangenen Bedenken und Anregungen mit Satzungsbeschluss
6. Antrag auf Baugenehmigung, Neubau eines Mehrfamilienhauses mit 3 Wohneinheiten einem Carport und drei Stellplätzen auf der Flur-Nr. 391 Gemarkung Unterschondorf Roseweg 2
7. Antrag auf Vorbescheid, Wohnhaus 6-7 WE auf der Flur-Nr. 315/2 Gemarkung Unterschondorf Am Griesfeld 15
8. Antrag auf Baugenehmigung, Anbau von zwei Balkonen an das Wohn- und Geschäftshaus auf der Flur-Nr. 56 Gemarkung Unterschondorf Bahnhofsstr. 13
9. Kaminsanierung Seebergsiedlung Sachstand und Mehrkosten
10. Bauhof Erneuerung Toranlagen;
Vergabe
11. Verkehrsüberwachung fließender Verkehr
12. Werbetafel Schondorf Nord
13. Städtebauförderung - weitere Vorgehensweise
14. Bericht über den Sitzungsvollzug der letzten Gemeinderatssitzung, öffentlicher Teil
15. Bericht über Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung (bei Bedarf)
16. Verschiedenes, Wünsche und Anträge

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten. Es wurden folgende Beschlüsse gefasst:

Öffentliche Sitzung

1. Anerkennung der Sitzungsniederschrift vom 28.09.2016, öffentlicher Teil

Beschluss:

Die Sitzungsniederschrift, öffentlicher Teil, wird vollinhaltlich anerkannt.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
12	12	12	0

2. 2. Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Schondorf am Ammersee

Sachverhalt:

Vorbericht (§ 2 Abs. 2 Nr.1 und § 3 KommHV)

zur 2. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016

Die Erhöhung des Betrages des zulässigen Kassenkredites von 1.000.000 € auf 1.500.000 € wird aus folgenden Gründen notwendig:

Die Freimachung des Prixgeländes ist nunmehr weit vorgeschritten. Die Kosten hierfür werden um die 750.000 € betragen. Bisher wurden ca. 190.000 € angeordnet.

Finanziert sollen diese Ausgaben durch die Verkäufe eines Grundstückes am Blomberg und ein Teil des Prixgeländes an den Landkreis für die Erweiterung der Realschule werden.

Für den Verkauf des Grundstückes an der Blombergstraße musste vorher eine Bauvoranfrage beantragt werden. Diese nunmehr genehmigte Bauvoranfrage wurde am 29.09.2016 genehmigt. Die Ausschreibung kann daher erfolgen. Aufgrund der Frist für die Angebotsabgabe – voraussichtlich am 21.10.2016 – und eine eventuelle Zahlungsfrist für den Käufer kann sich der Zahlungseingang bis Mitte Dezember verzögern.

Der Verkauf der Fläche für die Realschule an den Landkreis wird demnächst in die Wege geleitet werden; als Zahlungseingang ist das Jahr 2016 anvisiert.

Die Kostenbeteiligungen der Sparkasse Landsberg und des Landkreises Landsberg am Lech an den Kosten der Freimachung wird zeitnah auch noch im Jahr 2016 nach Vorlage der 3. Abschlagszahlung eingefordert.

Sollten Verzögerungen bei den Zahlungseingängen und eine Kassenwirksamkeit erst 2017 eintreten, ist eine 3. Nachtragshaushaltssatzung mit einer Kreditaufnahme unumgänglich.

Der derzeit in Anspruch genommene Kassenkredit beläuft sich auf ca. 500.000 €.

Rechtliche Würdigung:

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates Schondorf am Ammersee vom 12.10.2016

Die Höhe des Kassenkredites bedarf einer Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde.

Haushaltsrechtliche Auswirkung:

2. Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Schondorf am Ammersee
(Landkreis Landsberg am Lech)

für das Jahr 2016

Aufgrund des Art. 68 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 63 ff der Gemeindeordnung erlässt die Gemeinde folgende Nachtragshaushaltssatzung:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016 verändert sich nicht, er schließt

im Verwaltungshaushalt

in den Einnahmen und Ausgaben 8.542.550,00 €

im Vermögenshaushalt

in den Einnahmen und Ausgaben 3.160.050,00 €

ab.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 0,00 € festgesetzt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt werden nicht festgesetzt.

§ 4

Die Steuersätze (Hebesätze) für Gemeindesteuern werden nicht geändert.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistungen werden um 500.000 € von 1.000.000 € auf nunmehr 1.500.000 € verändert.

§ 6

Diese Haushaltssatzung tritt mit dem 1. Januar 2016 in Kraft.

Gemeinde Schondorf am Ammersee, den

Alexander Herrmann
Erster Bürgermeister

Diskussionsverlauf:

Herr Schraml bemängelt, dass keine Finanzausschuss-Sitzung vor der Antragstellung für einen 2. Nachtragshaushalt, stattfand.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die 2. Nachtragshaushaltssatzung. Die 2. Nachtragshaushaltssatzung ist als Anlage 2 vollinhaltlich Bestandteil der Niederschrift.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
13	13	12	1

3. Neuregelung Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand § 2b UStG

Sachverhalt:

Zum 01.01.2016 wurde § 2b UStG neu in das Umsatzsteuergesetz eingefügt. Mit dieser Vorschrift wird die Unternehmereigenschaft von Körperschaften des öffentlichen Rechts (KdöR) neu geregelt (Inkrafttreten zum 01.01.2017)

Zukünftig ist es unmaßgeblich ob ein Betrieb gewerblicher Art vorliegt oder nicht.

Einnahmen aufgrund privatrechtlicher Vereinbarungen unterliegen grundsätzlich ab dem 1. Euro der Umsatzsteuer. Werden Einnahmen auf öffentlich-rechtlicher Grundlage erhoben, unterliegen diese nur dann nicht der Umsatzsteuer, wenn es sich um hoheitliche Tätigkeiten (zB Abfall- und Abwasserentsorgung) handelt.

Werden Einnahmen auf öffentlich-rechtlicher Grundlage im Zusammenhang mit Tätigkeiten erzielt, die auch ein Privater ausüben kann, unterliegt die KdöR nur dann nicht der Umsatzsteuer, wenn dabei es zu keinen größeren Wettbewerbsverzerrungen zu privaten Wirtschaftsteilnehmern kommt. Dies ist der Fall, wenn der Umsatz aus gleichartigen Tätigkeiten 17.500 Euro jährlich nicht übersteigt.

Somit unterliegen zukünftig grundsätzlich auch sog. Beistandsleistungen (eine KdÖR unterstützt eine andere KdÖR bei deren hoheitlicher Tätigkeit) der Umsatzsteuer. Ausnahmen hierzu regelt § 2b Abs. 3 UStG.

Änderungen ergeben sich auch im Bereich der Vermögensverwaltung. Waren KdÖR mit Vermietung oder Verpachtung von leeren Räumen oder Gebäuden nicht unternehmerisch tätig, gelten sie zukünftig als Unternehmer; die Steuerbefreiung gem. § 4 Nr. 12a UStG für Vermietungsumsätze gilt jedoch weiterhin. Allerdings können KdÖR zukünftig Gewerberäume umsatzsteuerpflichtig verpachten und im Gegenzug Vorsteuern abziehen. Ein detailliertes Schreiben zur Anwendung von § 2b und insbesondere § 2b Abs. 3 UStG seitens des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) wird voraussichtlich erst Anfang 2017 erscheinen.

Damit die KdÖR die von ihnen ausgeübten Tätigkeiten auf deren umsatzsteuerliche Auswirkung prüfen und ggf. „umorganisieren“ können, hat der Gesetzgeber eine Übergangsfrist bis 31.12.2020 eingeräumt. Auf Antrag können KdÖR bis dahin nach der alten/bisherigen Rechtslage behandelt werden. Dazu ist erforderlich bis spätestens 31.12.2016 diesen Antrag beim zuständigen Finanzamt zu stellen.

Solange nicht feststeht, dass die neue Rechtslage Vorteile bietet, sollte der Antrag auf Fortführung der bisherigen Rechtslage auf alle Fälle gestellt werden. Sollte sich später – bei Zusammenstellung der Unterlagen für die Umsatzsteuer-Jahreserklärung – herausstellen, dass die neue Rechtslage günstiger wäre, kann durch „einfache“ Abgabe einer Umsatzsteuererklärung für das abgelaufene Jahr zur neuen Rechtslage gewechselt werden. Ein nochmaliges Wechseln zurück zur alten Rechtslage ist dann nicht mehr möglich.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, dass die Gemeinde, vertreten durch den Ersten Bürgermeister, einen entsprechenden Antrag auf Fortführung der bisherigen Rechtslage gem. § 27 Abs. 22 UStG beim Finanzamt stellt.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
13	13	13	0

4. 12. Änderung des Bebauungsplanes Seestraße-West, beschlussmäßige Behandlung der anlässlich der öffentlichen Auslegung eingegangenen Bedenken und Anregungen mit Satzungsbeschluss

Sachverhalt:

Die öffentliche Auslegung mit Benachrichtigung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 13 Abs. 2 Nr. 2 und 3 und § 4 Abs. 2, sowie § 3 Abs. 2 BauGB wurden in der Zeit vom 01.09.2016 bis 04.10.2016 durchgeführt.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die 12. Änderung des Bebauungsplanes „Seestraße-West“ mit Begründung in der Fassung vom 12.10.2016 als Satzung (§ 10 Abs. 1 BauGB) unter der Maßgabe, dass die redaktionellen Änderungen in den Bebauungsplan eingearbeitet werden.

Anlage 1 und Anlage 2 sind Bestandteil der Sitzungsniederschrift.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss des Bebauungsplanes (Satzungsbeschluss) vom 12.10.2016 ortsüblich bekannt zu machen (§ 10 Abs. 3 BauGB).

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
13	13	12	1

5. 13. Änderung des Bebauungsplanes Seestraße-West, beschlussmäßige Behandlung der anlässlich der öffentlichen Auslegung eingegangenen Bedenken und Anregungen mit Satzungsbeschluss

Sachverhalt:

Die öffentliche Auslegung mit Benachrichtigung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 13 Abs. 2 Nr. 2 und 3 und § 4 Abs. 2, sowie § 3 Abs. 2 BauGB wurden in der Zeit vom 01.09.2016 bis 04.10.2016 durchgeführt.

Beschluss:

Die Stellungnahme des Wasserwirtschaftsamtes Weilheim wird zurückgewiesen. Die Forderungen haben keine Auswirkungen auf die gegenständliche Teilbereichsänderung. Die Entsorgung von Niederschlagswasser wird wie bisher fortgeführt. Eine Änderung des Bebauungsplans ist nicht veranlasst.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
13	13	11	2

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die 13. Änderung des Bebauungsplanes „Seestraße-West“ mit Begründung in der Fassung vom 12.10.2016 als Satzung (§ 10 Abs. 1 BauGB) unter der Maßgabe, dass die redaktionellen Änderungen in den Bebauungsplan eingearbeitet werden.

Anlage 3 ist Bestandteil der Sitzungsniederschrift.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschlussvorschlag des Bebauungsplanes (Satzungsbeschluss) vom 12.10.2016 ortsüblich bekannt zu machen (§ 10 Abs. 3 BauGB).

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
13	13	10	3

6. Antrag auf Baugenehmigung, Neubau eines Mehrfamilienhauses mit 3 Wohneinheiten einem Carport und drei Stellplätzen auf der Flur-Nr. 391 Gemarkung Unterschondorf Roseweg 2

Sachverhalt:

Bebauungsplan: -Nicht einschlägig-

Das Bauvorhaben liegt im unbeplanten Innenbereich und beurteilt sich demgemäß nach § 34 BauGB.

Der Bauherr stellt einen Antrag auf Baugenehmigung für den Neubau eines Mehrfamilienhauses mit 3 Wohneinheiten.

Beschluss:

Das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 BauGB wird erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
13	13	13	0

7. Antrag auf Vorbescheid, Wohnhaus 6-7 WE auf der Flur-Nr. 315/2 Gemarkung Unterschondorf Am Griesfeld 15

Sachverhalt:

Antrag wurde zurückgezogen

Bebauungsplan: -nicht einschlägig-

Das Bauvorhaben liegt im Innenbereich und ist nach § 34 BauGB zu beurteilen.

Die Antragstellerin reicht einen Antrag auf Vorbescheid ein.

Da nach Ansicht der Antragstellerin das bestehende Wohnhaus aus dem Jahr 1971 nicht mehr dem Stand der Technik entspricht, plant sie den Abriss und einen Neubau.

Der Neubau soll in Form eines Wohnhauses mit 6-7 Wohneinheiten verwirklicht werden. Die Antragstellerin denkt hierbei an ein gemeinschaftliches Wohnhaus für „Jung und Alt“ mit komplett barrierefreier und rollstuhlgerechter Ausstattung. Hierdurch soll eine gegenseitige nachbarschaftliche Hilfestellung im Alter möglich sein.

8. Antrag auf Baugenehmigung, Anbau von zwei Balkonen an das Wohn- und Geschäftshaus auf der Flur-Nr. 56 Gemarkung Unterschondorf Bahnhofsstr. 13

Sachverhalt:

Das Bauvorhaben liegt im Innenbereich und beurteilt sich nach § 34 BauGB.

Das Bauvorhaben als solches war in modifizierter Form bereits Gegenstand in der Sitzung am 29.06.2016.

Die damalige Eingabeplanung hatte die Errichtung zweier Balkone und eines Carports zum Ziel. Einer der Balkone sollte am Haupthaus entstehen und einer –örtlich gesehen- beim Carport.

Im Ergebnis stimmte der Gemeinderat lediglich dem Balkon, der am Haupthaus vorgesehen war, zu. Insgesamt wurde das gemeindliche Einvernehmen zu dem Bauantrag verweigert. Mit Schreiben des Landratsamtes vom 30.09.2016 wurde der Gemeinde mitgeteilt, dass der Bauherr nunmehr geänderte Pläne eingereicht hat. Dem Schreiben war überdies zu entnehmen, dass das Carport in der jetzigen Fassung entfällt und der abgelehnte Balkon dahingehend geändert wurde, dass er als untergeordnetes Bauteil im Sinne des Abstandsflächenrechts der BayBo gewertet werden kann.

Beschluss:

Das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 BauGB wird erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
13	13	7	5

9. Kaminsanierung Seebergsiedlung Sachstand und Mehrkosten

Sachverhalt:

Der Gemeinderat Schondorf hat in seiner Sitzung vom 03.02.2016 beschlossen die Kamine in der Seebergsiedlung zu sanieren, an die Öfen angeschlossen sind.

Es war nun beabsichtigt, in den Liegenschaften Seeberg 1 (östlicher Kamin), Seeberg 3 (alle 3 Kamine) und Seeberg 4 (2 Kamine) zu sanieren, die vom Kaminkehrer beanstandet wurden.

Mit den Arbeiten wurde am ersten Gebäude (Seeberg 4) begonnen und festgestellt, dass jeweils der erwartete Aufwand zum Entfernen des bestehenden Abgasrohres höher sein wird, da die Anschlüsse in den Wohnungen nicht angebohrt sondern als Abzweig-Formstück gebaut ist. Das hat zur Folge, dass an den betreffenden Stellen jeweils die Wand geöffnet, der Abzweig entfernt und die Wand wieder verschlossen werden muss. Die Firma wird hierzu ihren Nachtrag einreichen. Zusätzlich ist die Reinigung des Kamins erforderlich, damit das vorhandene Material, welches nicht zulässig ist, vollständig entfernt wird. Mit Mehrkosten ist zu rechnen. Das erweiterte Angebot der Firma wird zur Sitzung vorliegen.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt zu, den Kamin Seebergsiedlung 4 (östlicher Kamin / Anschluss Frömel/Erhard) zu sanieren. Aufgrund der dort entstehenden Kosten, sollen dann nach einer Kosten-Hochrechnung evtl. die weiteren Kamine der Seebergsiedlung in 2017 saniert werden.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
13	13	13	0

10. Bauhof Erneuerung Toranlagen; Vergabe

Sachverhalt:

Der Gemeinderat Schondorf hat in seiner Sitzung vom 21.10.2015 beschlossen, dass die Tore des gemeindlichen Bauhofgebäudes erneuert werden sollen. An Stelle der bisherigen Falttore sollen nun Sektionaltore eingebaut werden (wie bei neuem Feuerwehrgebäude, die Tore öffnen sich nach oben).

Die Arbeiten wurden beschränkt ausgeschrieben; Submissionsergebnisse liegen noch nicht vor (Submissionstermin 11.10.2016). Es wurden 8 Firmen zur Angebotsabgabe aufgefordert. Die voraussichtlichen Kosten hierfür werden ca. 13.000 EUR betragen.

Zusätzlich sind elektrische Anschlussarbeiten erforderlich, die mit der ausführenden Firma bei Auftragsvergabe abgestimmt werden müssen.

Die voraussichtlichen Kosten hierfür bei ca. 1.000 EUR erwartet.

Weiterhin sind ggf. Maurerarbeiten (Anpassung Boden- und Seiten) erforderlich.

Die voraussichtlichen Kosten hierfür werden ca. 1.000 EUR betragen.

Zwischenzeitlich wurde die Submission ausgewertet. Drei Firmen haben ein wertbares Angebot abgegeben.

- | | |
|----------------------|----------------------|
| 1. Fa. Huber, Igling | 11.790,52 EUR brutto |
| 2. Fa. | 13.562,43 EUR brutto |
| 3. Fa. | 14.399,00 EUR brutto |

Zusätzlich sind elektrische Anschlussarbeiten erforderlich, die mit der ausführenden Firma bei Auftragsvergabe abgestimmt werden müssen.

Die voraussichtlichen Kosten hierfür liegen bei ca. 1.000,-- EUR. Weiterhin sind ggf. Maurerarbeiten (Anpassung Boden- und Seiten) erforderlich. Die voraussichtlichen Kosten hierfür werden ca. 1.000,-- EUR betragen.

Zusätzlich wurden die Wartungsarbeiten (1x im Jahr) mit ausgeschrieben. Die Kosten hierfür betragen 140,-- EUR netto.

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt der Verwaltung den Auftrag,

- a) die Erneuerung der Toranlagen für den Bauhof an die Fa. Huber, Igling in Höhe von 11.790,52 EUR brutto zu vergeben,
- b) die erforderlichen Elektroarbeiten an einen ortsansässigen Fachbetrieb (voraussichtliche Kosten ca. 1.000,-- EUR) zu vergeben,
- c) die erforderlichen Maurerarbeiten an einen ortsansässigen Fachbetrieb (voraussichtliche Kosten ca. 1.000,-- Eur) zu vergeben.

Zusätzlich ist eine jährliche Wartung für 140,- Euro jährlich zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
13	13	13	0

11. Verkehrsüberwachung fließender Verkehr

Sachverhalt:

In der Sitzung vom 11.11.2015 hat sich der Gemeinderat bereits mit der Frage befasst, ob zusätzlich zum stehenden Verkehr, auch der fließende Verkehr durch den Zweckverband Kommunale Verkehrssicherheit Oberland überwacht werden soll.

Ungeklärt blieb damals die Frage nach den wirtschaftlichen Aspekten einer Ausweitung der Überwachung auch auf den fließenden Verkehr. Die Verwaltung wurde beauftragt hierzu Zahlen beizubringen.

Da die jeweiligen Zahlen natürlich jeweils dem Datenschutz unterliegen, kann zumindest gesagt werden, dass annähernd 75 % der Gemeinden, die auch den fließenden Verkehr überwachen lassen, mindestens kostendeckend wenn nicht mit Gewinn arbeiten. Die Verluste der verbleibenden 25% liegen unter 1.000 €. Die Auslesung der Smilys hat eine klassische Verteilung der Fahrzeuge auf die gemessenen Geschwindigkeiten ergeben. Das bedeutet, dass sich die Mehrzahl der Fahrzeughalter an die vorgeschriebene Geschwindigkeit hält, es aber sowohl nach unten wie auch nach oben „Ausreißer“ gibt.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Beauftragung des Zweckverbandes Kommunale Verkehrssicherheit Oberland mit der Überwachung des fließenden Verkehrs ab 01.01.2017.

Ein entsprechender Antrag ist von der Verwaltung einzureichen.

Die Kosten sind in den Haushalt 2017 einzustellen.

Die Maßnahme ist nach Ablauf eines Jahres auf Verlängerung zu überprüfen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
13	13	10	3

12. Werbetafel Schondorf Nord

Sachverhalt:

Im Zuge des Umbaus des Feuerwehrgerätehauses wurde der Werbetafelträger an der Einmündung der Bahnhofstraße in die Greifenbergerstraße entfernt. Nun haben einige Gewerbetreibende, vor allem aus Unterschondorf angefragt ob es für diesen Werbetafelträger Ersatz geben kann, da man sich vor allem im Vergleich mit den Oberschondorfer Gewerbetreibenden benachteiligt fühlt.

Diskussionsverlauf:

Mögliche Standorte:

Evtl. am alten Platz

Evtl. zwischen Baum und Gottesdienstanzeiger

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Aufstellung eines Werbetafelträgers für die Unterschondorfer Gewerbetreibenden.

Der Träger soll an der Greifenberger Straße stehen. Anträge zur Anbringung von Werbetafeln können bei der Verwaltung gestellt werden. Vorzugsweise sind Gewerbetreibende zu berücksichtigen, die bereits auf der alten Werbetafel einen Platz hatten.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
13	13	13	0

13. Städtebauförderung - weitere Vorgehensweise

Sachverhalt:

Der Ausschuss für Dorfentwicklung hat sich in seiner Sitzung vom 06.09.2016 mit den Optionen einer Teilnahme an der Städtebauförderung und den gewünschten Planungszielen befasst. Die Teilnahme soll nach Möglichkeit, zumindest für die Grundlagenermittlung, gemeinsam mit der Gemeinde Greifenberg erfolgen. Dies bedingt vor allem die Beauftragung eines gemeinsamen Planers für die Städtebauliche Entwicklungskonzeption.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Teilnahme an der Städtebauförderung Bayern in Kooperation mit der Gemeinde Greifenberg. Für die Erstellung eines Städtebaulichen Entwicklungskonzeptes soll ein gemeinsamer Planer gefunden werden. Die nötigen Mittel sind in den Haushalt 2017 einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
13	13	13	0

14. Bericht über den Sitzungsvollzug der letzten Gemeinderatssitzung, öffentlicher Teil

Sachverhalt:

1. Dachsanierung Griesfeld 5 – beauftragt.
2. Notfallmappe 3+1 – noch Gespräch mit LRA.
3. Baumkataster – Die Verwaltung wird Angebote einholen.
4. Grabenräumung/Entwässerungsgräben – Hr. Wagner, Hr. Schad, Hr. Wieser, Hr. Reuting hatten einen Ortstermin (im Moosgraben hat einen Biber fünf Wohnungen – dadurch massive Überschwemmungen). Man spricht nicht von „Fräsen“ der Gräben sondern von „Schleudern“. Die Untere Naturschutzbehörde hat bereits ein ok signalisiert. Ein Ortstermin mit Unternehmern findet statt.
5. Reinigungsarbeiten für den Kindergarten Schondorf wurden ausgeschrieben.

15. Bericht über Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung (bei Bedarf)

16. Verschiedenes, Wünsche und Anträge

Sachverhalt:

1. Heute morgen erhielten wir die Information von Frau Greil, Landsberger Tagblatt, dass Schondorf Glasfaser bekommt. Die Aktion am Samstag hat nochmals Wirkung gezeigt. 40 % wurden erreicht. Somit geht die Gemeinde in die Planungsphase wegen des Ausbaus des Netzes. Damit schließt jetzt die Angebotsphase – ab jetzt kostet ein Anschluss ca. Euro 700,--.
2. Parkplätze vor der Gemeinde werden auch von den Mitarbeitern genützt. Diese Plätze sollten Besuchern vorbehalten werden. Der Bürgermeister wird gebeten, die Mitarbeiter dazu aufzufordern, die Parkplätze im Hof zu benutzen.
3. Bahnhofs-Toiletten können benützt werden – offizielle Einweihung findet noch statt. Die Verwaltung sucht noch jemanden, der die Toiletten abends zusperrt. Ausschreibung für Reinigung läuft im Moment. Evtl. wird eine Kameraüberwachung in der Sommerwartehalle installiert.

Für die Richtigkeit der Niederschrift

Gemeinde Schondorf am Ammersee

Vorsitzender

Alexander Herrmann
Erster Bürgermeister

Beate Strohmeier
Schriftführerin